



Anfrage

Vorlage-Nr.:	AF/0061/2012		Datum:	21.06.2012
Verfasser:	05-FDP-Ratsfraktion	Az:		
Gremienweg:				
28.06.2012	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitlich	<input type="checkbox"/> ohne BE
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis	<input type="checkbox"/> abgesetzt
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> geändert
TOP öffentlich		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen	
Betreff: Anfrage der FDP-Fraktion zum Sachstand Ausbau Rübenacher Straße				

Bereits am 08.11.2007 beschloss der Stadtrat den Ausbau eines Gehweges an der Rübenacher Straße. Zwischenzeitlich wurde durch ein Bodengutachten ein mangelhafter Aufbau der Rübenacher Straße stadtauswärts festgestellt, die teilweise eine Neuplanung notwendig machte.

Eingestellte Planungsgelder in Höhe von 20.000 € wurden aus dem Haushalt 2011 in den Haushalt 2012 übertragen, mit dem Hinweis, dass das zuständige Fachamt im Rahmen des Mittelfreigabeverfahrens weitere Landesförderungen prüft.

Die ADD lehnte die Mittelfreigabe mit Schreiben vom 16.06.2011 und 15.08.2011 wegen bisher fehlender Bewilligung von Landeszuwendungen ab. Gleichzeitig erfolgte aber auch seitens der ADD bereits der Hinweis, dass ein evtl. unabweisbarer Ausnahmetatbestand nach §103 GemO seitens der Stadt nachzuweisen ist.

Vor dem Hintergrund:

- dass die Rübenacher Straße eine der meist befahrenen Straßen Koblenz ist,
- durch die Ansiedlung des Arbeitgebers Amazon eine nicht unerhebliche Zunahme des Pkw-Verkehrs auf der Rübenacher Straße erfolgen wird,
- durch die anstehende Sanierung der Europabrücke erneut erhebliche Verkehrsverschiebungen und -belastungen auf der Rübenacher Straße zukommen,
- Fußgänger und hier **besonders Schulkinder** aufgrund des fehlenden Gehwegs einer ständigen Gefährdung ausgesetzt sind,

stellt die FDP-Fraktion folgende Fragen:

1. Welche Maßnahmen wurden bei welcher zuständigen Stelle seitens des Fachamtes seit dem 15.08.2011 durchgeführt, um weitere Landeszuwendungen zu beantragen?
2. Welche Maßnahmen hat das zuständige Fachamt eingeleitet, um evtl. einen bereits o. a. unabweisbaren Ausnahmetatbestand gegenüber der ADD nachzuweisen?
3. Welche Behörden (Straßenaufsichtsbehörden/ Landesstraßenverwaltung / Polizei usw.) wurden hierzu befragt, um evtl. nachzuweisen, dass im Rahmen der

öffentlichen Sicherheit die von Verwaltungsgerichten geforderte Alternativlosigkeit in diesem speziellen Fall vorliegt?

4. Welche weiteren Maßnahmen plant das zuständige Fachamt in 2012, wenn bisherige Anfragen und Versuche erfolglos waren?
5. Welche Maßnahmen wird die Verwaltung einleiten und planen zur Sicherung der Gesundheit von Fußgängern und speziell Schulkindern, wenn weiterhin bei der zu erwartenden Zunahme des Verkehrsaufkommens kein Gehweg in der Rübenacher Straße gebaut wird?